

# Bilaterale kündigen?



**SVP-Chaos-  
Initiative:  
NEIN**

**am 14.  
Juni**

## In Kürze

Die extreme SVP-Chaos-Initiative erzwingt die Kündigung der bilateralen Verträge mit der EU. Und zwar bereits, wenn die Schweiz um bloss 4 Prozent wächst. Die Initiative ist ein Angriff auf die Kaufkraft der Bevölkerung: Export-KMUs gehen kaputt, Arbeitsplätze werden vernichtet und weil ohne Bilaterale auch der Lohnschutz wegfällt, sinken Löhne und Renten. Die 1,5 Millionen EU-Bürger:innen, die hier leben, werden zu Menschen zweiter Klasse. Sie müssten jederzeit damit rechnen, dass ihre Kinder oder Ehepartner:innen ausgewiesen werden. Doch gerade in Zeiten von Trump brauchen wir stabile Beziehungen zu Europa und Respekt für unsere Arbeitskolleg:innen, Freunde und Nachbarn. Nur gemeinsam halten wir unser Land am Laufen – in der Pflege, auf dem Bau, in Restaurants.

## Sechs Gründe, warum die Initiative die Schweiz ins Chaos stürzt:

- 1. Die Initiative erzwingt die Kündigung der bilateralen Verträge.** Und zwar bereits, wenn die Schweiz um bloss 4 Prozent wächst. Das ist bereits in wenigen Jahren der Fall.
- 2. Die Initiative ist ein Angriff auf die Kaufkraft der Bevölkerung:** Export-KMUs gehen kaputt, weil sie ohne Bilaterale den Zugang zum wichtigsten Absatzmarkt verlieren. Arbeitsplätze werden vernichtet. Es kommt zu Entlassungen und Chaos. Weil es ohne Bilaterale keinen Lohnschutz mehr gibt, sinken die Löhne und damit auch die Renten.
- 3. Die Initiative reisst Familien auseinander:** Über 1,5 Millionen EU-Bürger:innen leben und arbeiten in der Schweiz. Die Initiative schafft für sie massive Unsicherheit. Sie müssen jederzeit damit rechnen, dass ihre Kinder oder Ehepartner:innen ausgewiesen werden. Der Grund: Die Initiative fordert, dass der Familiennachzug für EU-Bürger:innen eingeschränkt wird.
- 4. Die Initiative führt zum Pflege-Chaos:** Schon heute fehlen tausende Pflegekräfte. Ohne Fachkräfte aus dem Ausland bricht unser Gesundheitswesen zusammen. Regionalspitäler müssen schliessen. Senior:innen in Alters- und Pflegezentren können nicht mehr richtig versorgt werden. Dort, wo der Betrieb noch aufrechterhalten werden kann, nehmen Druck und Stress für das Personal massiv zu.
- 5. Die Initiative führt zur Ausbeutung von Arbeitskräften:** Ohne Familiennachzug dürfte die Pflegekraft aus Deutschland ihre kleine Tochter nicht mehr in die Schweiz bringen. Gleichzeitig fällt der Lohnschutz weg. Arbeitsmigrant:innen werden entrechtet und wieder wie Saisoniers ausgebeutet.
- 6. Die Initiative schafft das Recht auf Asyl vollständig ab:** Die Initiative will wichtige Menschenrechtsabkommen kündigen. Kriegsflüchtlingen – besonders Frauen und Kindern – nimmt sie die letzte Hoffnung, irgendwann als Familie vereint in Sicherheit bei uns leben zu können.

## **Warum die Initiative schon in wenigen Jahren zum Ende des bilateralen Wegs führt - und nicht erst in ferner Zukunft**

Ab 9,5 Millionen Einwohner:innen – also bereits in 4 bis 5 Jahren – verpflichtet die Initiative Bundesrat und Parlament, den Familiennachzug für EU-Bürger:innen einzuschränken. Kinder oder Ehepartner:innen von in der Schweiz arbeitenden EU-Bürger:innen sollen nicht mehr hier wohnen dürfen. Dies verletzt die Personenfreizügigkeit und damit einen Grundpfeiler der aktuell gültigen bilateralen Verträge. Die Chaos-Initiative würde uns bereits in wenigen Jahren zwingen, alle bilateralen Verträge einseitig zu kündigen. Unsere Beziehungen zu Europa wären damit zerstört.

## **Die häufigsten SVP-Behauptungen und unsere Antworten.**

### **Behauptung 1:**

**«Eine moderate Zuwanderung wäre mit der Initiative weiterhin möglich, das reicht aus.»**

Die Zuwanderung würde massiv und rigoros beschränkt. Zwar könnten grosse Städte eine Begrenzung der Zuwanderung besser verkraften, denn es wird immer genügend Leute geben, die in die urbanen Zentren ziehen, auch, weil dort höhere Löhne bezahlt werden. Auf dem Land sieht die Realität anders aus. Schon heute sinkt in vielen Kantonen die Zahl der Erwerbstätigen. Mit der Chaos-Initiative würde sich diese Entwicklung dramatisch verschärfen: In ländlichen Regionen fehlten plötzlich tausende Arbeitskräfte. Die Folgen wären direkt spürbar: Regionalspitäler müssten schliessen, Restaurants fänden kein Personal mehr und lokale Handwerksbetriebe würden zugrunde gehen. Die Initiative trifft zuerst die Landbevölkerung – und verschlechtert ihre Lebensqualität massiv.

### **Behauptung 2:**

**«Es kommen viel zu viele Asylsuchende.»**

Asylsuchende stellen nur einen kleinen Teil der Zuwanderung dar: In den letzten zehn Jahren machten sie gerade einmal 7 Prozent aller Zugewanderten aus. Die grosse Mehrheit der Menschen kommt aus der EU, vor allem aus Deutschland, Portugal und Italien.

### **Behauptung 3:**

**«Das BIP pro Kopf nimmt ab, Zuwanderung bringt uns gar nichts.»**

Die Kaufkraft der Menschen ist immer stärker unter Druck. Das liegt daran, dass der Wohlstand in der Schweiz ungleich verteilt ist. Schaut man sich die Zahlen genauer an, stellt man fest, dass das reale BIP pro Kopf seit der Einführung der Personenfreizügigkeit um 25 Prozent gewachsen ist. Im Schnitt verfügt jede Person heute über 15'000 Franken mehr als früher. Der Wohlstandsgewinn ist damit fast doppelt so hoch wie in Deutschland

und beinahe dreimal so hoch wie in Frankreich. Aber: Dieses Geld kommt nicht bei allen gleichermassen an. Vielen Menschen bleibt immer weniger im Portemonnaie. Problematisch ist daher nicht die Zuwanderung, sondern die ungleiche und unfaire Verteilung des erwirtschafteten Wohlstands. Doch ausgerechnet die SVP wehrt sich an vorderster Front dagegen, dass diese Wohlstandsgewinne allen zugutekommen. So lehnt sie kantonale Mindestlöhne ab und bekämpft tiefere Krankenkassenprämien.

#### **Behauptung 4:**

##### **«Die Zuwanderung ist schuld an überlasteter Infrastruktur»**

Unsere Züge sind im Schnitt zu weniger als 30 Prozent ausgelastet. Sie sind einzig zu den Pendlerzeiten am Morgen und am Abend überlastet. Das Problem ist also die ungleichmässige Nutzung. Klar ist aber auch: Die Infrastruktur muss ausgebaut werden – genau das blockiert die SVP seit Jahren.

#### **Behauptung 5:**

##### **«Ausländer:innen belasten unsere Sozialwerke und das Gesundheitswesen»**

Staatsangehörige aus EU- und EFTA-Ländern zahlen über 25 Prozent der AHV-Beiträge, erhalten aber weniger als 15 Prozent der Leistungen. Ohne Zuwanderung stünde die AHV deutlich schlechter da. Im Gesundheitswesen zeigt sich dasselbe Bild: Der Median der Nettokosten für Schweizer:innen liegt bei 508 Franken pro Jahr – 2,5-mal so hoch wie bei Versicherten mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

#### **Behauptung 6:**

##### **«Die Chaos-Initiative nützt gegen steigende Mieten»**

Wir haben heute mehr leere Wohnungen als im Jahr 2002, als die Personenfreizügigkeit eingeführt wurde. Doch die Mieten gehen durch die Decke. Die grossen Immobilienkonzerne verlangen horrenden Mieten – für alle, ob mit oder ohne Schweizer Pass. Die Lösung kann deshalb nicht darin bestehen, die deutsche Pflegekraft aus ihrer Wohnung zu drängen. Wir müssen stattdessen die Immobilienkonzerne stoppen. Doch die SVP weigert sich, hier vorwärts zu machen. Kein Wunder: Rund die Hälfte ihrer Bundeshausfraktion ist Teil der Immobilienlobby. Darum haben wir die Mietpreis-Initiative lanciert. Sie verhindert Wuchermieten und weist die Immobilienlobby in die Schranken.